

NACHRICHTEN

Tote bei Bombenexplosion in Indien

NEU DELHI: In Nordindien sind bei einer Bombenexplosion auf einen Bus aus Kaschmir mindestens neun Menschen getötet und zwölf schwer verletzt worden. Der Sprengsatz explodierte am Freitag in einem Fernbus im Bundesstaat Punjab, der 28 Fahrgäste aus der Region Jammu und Kaschmir nach Neu Delhi bringen sollte. Das berichteten die indischen Medien. Die Polizei vermutet militante Rebellen aus dem zwischen Indien und Pakistan geteilten Kaschmir als Täter. Erste Ermittlungen hätten ergeben, dass der Sprengstoff nach Delhi transportiert und dort verwendet werden sollte, sagte ein Polizeisprecher. Das explosive Material sei im Gepäckfach des Busses versteckt gewesen. Der hintere Teil des Fahrzeugs sei durch die Wucht der Explosion vollständig weggerissen worden.

45 Jahre Haft für Kriegsverbrecher

DEN HAAG: Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im Bosnienkonflikt ist gestern der kroatische General Tihomir Blaskic in Den Haag zu 45 Jahren Haft verurteilt worden. Der Anwalt von Blaskic kündigte Berufung gegen das Urteil an. Damit verhängten die Richter ihr bislang höchstes Strafmaß. Nach Überzeugung des UNO-Kriegsverbrechertribunals war Blaskic als Armeekommandant zwischen 1992 und 1994 für die systematische Vertreibung und Tötung der muslimischen Zivilbevölkerung in Zentralbosnien verantwortlich. Im April 1996 stellte sich Blaskic dem UNO-Kriegsverbrechertribunal. Die Anklage forderte eine lebenslange Haftstrafe für den heute 39-Jährigen. Der Angeklagte plädierte dagegen auf unschuldig und argumentierte, er habe keine wirkliche Kontrolle über die von ihm kommandierten Milizen gehabt. Sein Anwalt beantragte einen Freispruch.

Polnischer Botschafter in Jemen entführt

SANAA/KAIRO: Mit einem Grossaufgebot von Armee und Geheimdienst sowie einem Sondervermittler versucht die jemenitische Führung, die Entführung des polnischen Botschafters Krzysztof Suprowicz rasch zu beenden. Das rund 50 Kilometer östlich der Hauptstadt Sanaa gelegene Gebiet der Entführer vom Clan der el-Qairi sei weitläufig abgesperrt worden, teilten Sicherheitskräfte am Freitag in Sanaa mit. Unter Hinweis auf die Bemühungen zur Freilassung von Suprowicz gab die polnische Botschaft in Sanaa Journalisten keine Auskunft mehr. Der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski sagte im polnischen Radio, der Verkauf von Waffen und Militärgerät sei einer der Hauptgründe für die Aufrechterhaltung der polnischen Botschaft in Sanaa. Nach der Entführung des Diplomaten am Donnerstag müsse das Aussenministerium jedoch prüfen, ob es sinnvoll und sicher sei, noch eine diplomatische Vertretung im Jemen zu unterhalten.

Koalitionsverhandlungen in Schleswig-Holstein

KIEL: Fünf Tage nach dem Wahlsieg der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein haben in Kiel die Koalitionsverhandlungen für die geplante Neuaufgabe der rotgrünen Regionalregierung begonnen. Sie sollen innerhalb von zwei Wochen abgeschlossen werden. Am 28. März soll Ministerpräsidentin Heide Simonis im Landtag vereidigt werden und das neue Kabinett vorstellen. Simonis muss bei der Regierungsbildung den überraschenden Rückzug von fünf bisherigen Ministern verkraften. Zudem beharren die Grünen auf dem Umweltministerium und auf einem weiteren Ressort. Teile der SPD wollen dem Koalitionspartner nur noch ein Ministerium zubilligen.

Wenig Chancen für Koch-Weser

Steht der deutsche Kandidat für den IWF-Chefposten vor dem Aus?

BERLIN: Der umstrittene deutsche Kandidat für den Chefposten des Internationalen Währungsfonds (IWF), Caio Koch-Weser, konnte sich bei einer Probeabstimmung nicht durchsetzen.

Mit 43 Prozent konnte er vor dem stellvertretenden IWF-Chef Stanley Fischer aus den USA und dem Japaner Eisuke Sakakibara zwar die meisten Stimmen sammeln, doch gilt wegen des anhaltenden Widerstandes der USA eine weitere Kandidatur Koch-Wesers als wenig aussichtsreich.

Das Ergebnis entsprach den Erwartungen nach den Auseinandersetzungen zwischen der EU und den USA über den geeigneten Nachfolger des ausgeschiedenen Michel Camdessus. Ein neuer IWF-Chef muss in der Abstimmung mindestens 51 Prozent erhalten. Die Vertreter von 36 Prozent des stimmberechtigten Kapitals – darunter die USA mit 17,3 Prozent – hätten sich bei der Abstimmung enthalten, hiess es in Washington.

Offen blieb am Freitag, ob Koch-Weser weiter als Kandidat zur Verfügung steht oder ob ein anderer Bewerber von der Europäischen Union ins Rennen geschickt wird. Die deutsche Bundesregierung sagte am Freitag jedenfalls weiter Ja zum Kandidaten für den IWF-Chefposten.

Bundeskanzler Gerhard Schröder, der sich auch gegen anfänglichen europäischen Widerstand persönlich für den deutschen Finanzstaatssekretär eingesetzt hatte, bezeichnete das Ergebnis von 43 Prozent für Koch-Weser in einer ersten Stellungnahme in der Nacht zum



Caio Koch-Weser wurde von Deutschland für den Chefposten beim Internationalen Währungsfonds (IWF) vorgeschlagen. (Bild: Keystone)

Freitag als «Resultat europäischer Solidarität und daraus folgender Handlungsfähigkeit».

Europa habe damit seine Entschlossenheit unterstrichen, das Amt des IWF-Direktors zu besetzen. «Ich gehe jetzt davon aus, dass ein gemeinsames Ergebnis mit den

USA und Japan erreichbar ist», sagte Schröder in Berlin.

Der aussenpolitische Berater im Kanzleramt, Michael Steiner, wertete das Wahlergebnis als «ermutigendes Signal». Im ARD-Morgenmagazin sagte er, das Ergebnis ermutige dazu, «unbeirrbar auf unse-

rem Kurs fortzufahren». Über eine Auswechslung des Kandidaten Koch-Weser wollte Steiner nicht spekulieren. Darüber sei noch nicht entschieden. Die weitere Vorgehensweise werde in einem Gespräch zwischen Schröder und dem Präsidenten der Europäischen Union festgelegt.

Aus der Opposition hiess es am Morgen, die Chance sei nun so gut wie verspielt. Koch-Weser käme wahrscheinlich als Kandidat nicht mehr in Frage. Der CDU-Europapolitiker Friedbert Pflüger sagte: «Wenn nicht ein Wunder passiert, schafft er es nicht.» Entscheidend sei allerdings, dass ein Europäer den Posten bekomme. Man müsse nun überlegen, ob es nicht gelingen könnte, einen Joker aus dem Ärmel zu ziehen, der auch die Amerikaner überzeugen würde. Nach Ansicht des FDP-Europapolitikers Helmut Haussmann muss die Bundesregierung auch nach der Probeabstimmung zu ihrem Kandidaten halten. «Wenn konsequent, dann richtig konsequent», sagte Haussmann.

Kritik an Amerika kam von Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD). Das Vorgehen der USA im Konflikt um den neuen IWF-Chef schädige das Vertrauen im deutsch-amerikanischen Verhältnis. «Es ist nicht nachvollziehbar», sagte Scharping am Donnerstagabend in Washington. Nach Gesprächen mit US-Sicherheitsberater Sandy Berger und führenden Senatoren äusserte Scharping sich aber überzeugt, dass dieser «sehr ärgerliche Vorgang» das hohe Mass an Interessengleichheit zwischen den USA, Deutschland und der EU nicht nachhaltig aus der Balance bringen werde.

Furcht vor neuem Krieg in Jugoslawien

BELGRAD: Knapp ein Jahr nach Beginn der NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien befürchten immer mehr Bürger Serbiens und Montenegros einen neuen Krieg. Sie haben Angst vor einem Krieg mit der NATO oder einem Bürgerkrieg, angezettelt vom Regime des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic.

«Diese Angst des Volkes ist berechtigt, denn wir leben zehn Jahre lang in einer Kriegspsychose», meint Momcilo Perisic, ehemaliger Generalstabschef und jetzt Führer der oppositionellen Bewegung für ein demokratisches Serbien.

«Der Staat befindet sich im Zustand wie unmittelbar vor einem Krieg», warnt auch Goran Svilanovic, Vorsitzender der Bürgerallianz Serbiens. Befürchtungen vor einem

Gewaltausbruch schienen berechtigt.

Die tiefe innenpolitische und wirtschaftliche Krise in Serbien, der vom Regime abgelehnte Dialog mit der demokratischen Opposition, der Streit zwischen Milosevic und der Republikführung in Montenegro sowie die äusserst angespannte Lage im Kosovo und im albanisch bewohnten Südserbien gäben Anlass für tiefe Besorgnis.

«Alle fragen mich, ob es wieder NATO-Bombardierungen geben wird, denn es wäre die Fortsetzung des psychologischen Krieges gegen uns», sagt selbst General Vladimir Lazarevic, Befehlshaber der Dritten Armee, der Belgrader Zeitung «Glas javnosti». Die Dritte Armee ist an der Grenze zum Kosovo stationiert. Staatsmedien und Regierungsvertreter sprechen täglich von

der «verlängerten NATO-Aggression» und dem «inneren Feind», der dem Westen diene. Deswegen befürchten viele – mehr noch als etwaige neue NATO-Bomben – die Abrechnung des Milosevic-Regimes mit politischen Gegnern im Lande selbst. Milosevic hatte auf dem Parteitag seiner Sozialisten Mitte Februar erklärt, dass es in Serbien keine Opposition gäbe und alle Regimegegner ausländische Söldner und Verräter seien. Sein Koalitionspartner, der Extremistenführer Vojislav Seselj, drückte die Drohung noch direkter aus: «In Serbien wird es keine Opposition geben».

Direkte Folgen dieser Drohungen waren Festnahmen von oppositionellen Demonstranten, Übergriffe zivil gekleideter Paramilitärs auf studentische Aktivisten, Strafanzei-

gen gegen Oppositionsführer, Geldstrafen für unabhängige Medien, die Verstaatlichung der aufgabenstärksten privaten Tageszeitung. Die Forderungen der vereinten Opposition nach freien Wahlen lehnt das Regime natürlich ab. Aber selbst gewonnene Wahlen wären keine Garantie für einen friedlichen Wandel. «Das Ziel von Milosevic ist, bis zum Lebensende Präsident zu sein».

Niemand glaubt, dass es, selbst nach einem Wahlsieg, im Land friedlich einen Machtwechsel geben könnte», sagt Zoran Djindjic am Freitag als Vorsitzender der Demokratischen Partei dem Belgrader Nachrichtenmagazin NIN. Noch direkter warnt Ljiljana Nestorovic, Pressesprecherin der Sozialdemokraten: «Hier werden eher Gewehre als Wahlzettel verteilt werden».

**Russische Elite-Soldaten getötet**

Erstmals nach Ausrufung des Partisanenkrieges in Tschetschenien durch die Rebellen ist in der Nacht zum Freitag eine russische Kampftruppe in einem Hinterhalt aufgerieben worden. 20 Angehörige der Elite-Einheit OMON des russischen Innenministeriums starben beim Überfall der Rebellen bei Grosny. 30 weitere wurden verwundet. Beim anschliessenden Gefecht kam auch eine nicht genannte Zahl von Rebellen ums Leben. Nach dem Überfall kündigten die russischen Militärs Durchsuchungen und «Säuberungen» der tschetschenischen Siedlungen an, in denen sich ihrer Ansicht nach Rebellen «in der Tarnung von Zivilisten» versteckt halten. Im südlichen Bergland Tschetscheniens gingen die Kämpfe weiter.